



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



20.05.2022

Ausgabe 011

Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen Und: Für einen klaren Kurs in der Finanzpolitik – Inflation

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge und muss auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in die Ferne gerückt.

Mit unserem Antrag [„Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“](#) fordern wir Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Mit dem plötzlichen Förderstopp und der halbherzigen Neuauflage hat die Bundesregierung das Vertrauen unzähliger Bauherren erschüttert.

Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Zudem steigen die Baukosten rasant. Wir lassen Familien nicht länger mit den steigenden Baukosten allein. Deshalb müssen kostentreibende Vorschriften entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen.

Für einen klaren Kurs in der Finanzpolitik: Widersprüche beenden, Inflation bekämpfen, gerecht entlasten

Die Ampel verstrickt sich in finanzpolitische Widersprüche: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, die Schuldenbremse ab 2023 uneingeschränkt einzuhalten – und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung oder weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik: Während Bundesfinanzminister Lindner Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab. Bei der Bekämpfung der Inflation verstrickt sich die Bundesregierung in Einzelmaßnahmen und Ankündigungen.

Wir stehen für eine ganzheitliche Finanzpolitik: In einer [Aktuellen Stunde](#) legen wir dar, wie wir uns glaubhaft für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität einsetzen. Nicht über die finanziellen Verhältnisse zu leben: Das ist für uns ein Imperativ der Generationengerechtigkeit. Wir brauchen Klarheit bei der Frage der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für Entlastung, die alle Teile der Bevölkerung erreicht. Deutschland braucht eine verlässliche Politik, die erkennbar aus der Krise steuert und den Rahmen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze setzt. Wir stehen für eine Finanzpolitik aus einem Guss.

Unsere Initiativen

Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen – Für Wohlstand, Versorgungssicherheit und ökologischen Mehrwert

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland zu lange. Wichtige Investitionen in allen Bereichen werden so verzögert. Die Bundesregierung unternimmt im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiesicherheit derzeit erste Anstrengungen, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Mit unserem [Antrag](#) legen wir konkrete Vorschläge zur Beschleunigung einer Vielzahl von Investitionen vor. Unsere Vorschläge gehen weit über die erneuerbaren Energien oder Investitionen in LNG-Infrastruktur hinaus. Sie betreffen stringenter Planungsverfahren, kürzere Gerichtsverfahren, eine effizientere Bürgerbeteiligung sowie einen modernisierten Natur- und Artenschutz für alle Investitionen. Denn diese sind zum nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft erforderlich. Sie werden die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland stärken.

Die Ampel sagt: **abgelehnt**

Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche

Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist auch im vierten Monat des Krieges weiterhin überwältigend. Unzählige engagieren sich ehrenamtlich. Mit unserem [Antrag](#), den wir abschließend beraten, zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann.

Seit der ersten Beratung haben sich einigen Bereichen bereits Verbesserungen entsprechend unserer Vorschläge ergeben.

Das ist positiv. Gleichwohl gibt nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan der Bundesregierung für nachhaltige Hilfe und Integration für die Kriegsflüchtlinge. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingt. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die dringend notwendigen Schritte umzusetzen.

Die Ampel sagt: **abgelehnt**

Aus dem Plenum:

In zweiter und dritter Beratung befassen wir uns mit dem

Vierten Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

Mit dem Gesetz sollen Bürger und Wirtschaft durch zusätzliche Investitionsanreize unterstützt werden. Dies betrifft u. a. eine verbesserte Verlustverrechnung, Verlängerung degressiver Abschreibungen und steuerlicher Investitionsfristen, der steuerfreier Corona-Bonus für Pflegekräfte sowie eine erneute Verlängerung der Homeoffice-Pauschale. Darüber hinaus sollen steuerbefreite Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld weiter ermöglicht und die Abgabefristen für Steuererklärungen in beratenen Fällen angepasst werden.

Wir tragen den Entwurf grundsätzlich mit und stellen unseren Antrag „[Mut zu wesentlichen steuerlichen Hilfsmaßnahmen](#)“ hinzu. Darin erheben wir klare Forderungen für eine weitergehende steuerliche Entlastung. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Stabilisierung der Wirtschaft reichen bisher nicht aus. Aufgrund der starken Inflation müssen wir Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen stärker entlasten.



Donnerstag, 19.5.2022; 12:00 Uhr

Die „Bereinigungssitzung“ beginnt – auch „Nacht der langen Messer“ genannt.

Noch können meine Kollegin Franziska Hoppermann und meine Kollegen Paul Lehrieder und Uwe Feiler lachen... 😊

Nach mehr als 14-stündigen Beratungen haben wir am frühen Freitagmorgen den Bundeshaushalt 2022 beschlossen. Gegenüber dem Ergänzungshaushalt sind bei gleichbleibender Neuverschuldung im Ergebnis höhere Ausgaben geplant. Danach sind in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro vorgesehen.

Der Ende April von der Bundesregierung vorgelegte Ergänzungshaushalt umfasste noch Ausgaben in Höhe von 483,9 Milliarden Euro (+11,9 Milliarden Euro). Der im März eingebrachte Regierungsentwurf tarbierte die Ausgaben auf 457,6 Milliarden Euro (+ 38,2 Milliarden Euro). 2021 hatte der Bund 556,6 Milliarden Euro ausgegeben (Soll 2021: 572,7 Milliarden Euro).

Die geplanten Ausgaben übersteigen die Steuer- und sonstigen Einnahmen deutlich.

Zum Ausgleich ist - wie im Ergänzungshaushalt - eine Nettokreditaufnahme von 138,9 Milliarden Euro avisiert.

Mit unseren Anträgen hatten wir ein Entlastungspaket von gut 40 Mrd. Euro geschnürt, stellten die Steuergerechtigkeit mit der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags wieder her und hätten gleichzeitig die Neuverschuldung um gut 88 Mrd. Euro auf 50,8 Mrd. Euro (vorher 138,9 Mrd. Euro) gesenkt. Mehr für die Menschen tun und weniger für die Ministerien – so unser Motto. Doch die Ampel war dagegen...

Elfte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Mit dem Gesetzentwurf der Ampel, den wir in zweiter und dritter Lesung beraten haben, wurden die Sanktionsregelungen bei Verletzungen der Mitwirkungspflicht durch SGB-II-Bezieher bis zum Jahresende 2022 außer Kraft gesetzt.

Damit gibt die Koalition das erfolgreiche Prinzip des Förderns und Forderns auf, das Rot-Grün im Jahr 2005 eingeführt hat.

Künftig gilt: Wer als Hartz-IV Bezieher beispielsweise grundlos eine zumutbare Arbeit ablehnt, der bleibt von Konsequenzen gänzlich verschont.

Ich sage: Wer Sozialleistungen bezieht, für den gibt es auch die Verpflichtung zur Mitwirkung, um aus der Arbeitslosigkeit möglichst schnell wieder herauszukommen. Wenn jetzt die Ampel Sanktionen abschafft, dann schafft sie die Pflicht zur Mitwirkung gleich mit ab. Das ist das völlig falsche Signal und bedeutet nichts anderes als die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das lehnen wir ab. Denn die Solidarität in einem Sozialstaat ist keine Einbahnstraße!

Wie sagte mein Kollege Kai Whittaker in Richtung SPD: «Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben da was missverstanden: Sie sollen sich von Gerhard Schröder trennen, nicht von seinen Arbeitsmarktreformen.» - recht hat er!

Altkanzler Schröder verliert Büro

Wir hätten uns mehr vorstellen können, doch am Ende unterstützten wir den Ampel-Vorschlag: Gemeinsam beschlossen wir in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, Altkanzler Gerhard Schröder sein Bundestagsbüro zu entziehen.

Ich sage: Schröder hat jeden rechtlichen und moralischen Anspruch auf die parlamentarischen Privilegien verwirkt. Denn er habe sich dezidiert gegen die Interessen des Landes gerichtet. Das muss Konsequenzen haben.

Sterbehilfe / Orientierungsdebatte

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar 2020 das 2015 vom Bundestag beschlossene Verbot der organisierten Sterbehilfe gekippt und klargestellt, dass Menschen ein Recht haben, selbstbestimmt zu sterben, auch mit Unterstützung Dritter.

Wie wir mit dieser Situation umgehen und unter welchen Umständen wir die Beihilfe zum Suizid zulassen, haben wir in einer „Orientierungsdebatte“ diskutiert.

Meine Meinung:

Unser Grundgesetz baut auf der Würde des Menschen auf, die in unserem christlichen Menschenbild fest verankert ist. Der gesellschaftliche und kulturelle Umgang mit dem Tod ist prägend für eine soziale Gemeinschaft. Sterben und Tod sind nicht nur eine Privatangelegenheit, sie berühren auch die Gesellschaft als Ganzes.

Der Staat muss sicherstellen, dass diese unumkehrbare Entscheidung frei und ohne jeden Druck getroffen wird. Alte oder kranke Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, dass Druck auf sie ausgeübt wird. Dies zu verhindern ist die oberste Pflicht des Staates – er schützt damit das Recht auf ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben.

Ich bin überzeugt davon, dass es richtig ist – so paradox das auch klingen mag – bei der Frage des selbstbestimmten Sterbens immer den Schutz des Lebens und die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Papst Johannes Paul II. hat einmal gesagt: „Der Tod zwingt den Menschen, sich die radikalen Fragen nach dem eigentlichen Sinn des Lebens zu stellen.“

Ich habe meine Meinung zu diesen Fragen in einer Rede zu Protokoll gegeben. Sie ist hier nachzulesen: [KLICK](#)

Video der Woche

Auch das aktuelle Video beschäftigt sich mit diesem Thema: [KLICK](#)

Hier bitte ich um Eure Mithilfe!



Zitate der Woche

«Hohe Staatsverschuldung und hohe Inflation sind ein toxisches Gemisch.»

Der stellv. Fraktionsvorsitzende Mathias Middelberg in der aktuellen Stunde des Bundestages zum Finanzkurs, die die CDU/CSU-Fraktion beantragt hatte.

«'s isch over.»

Frau Dr. Inge Gräßle am heutigen Freitagmorgen um 2:37 Uhr nach nur 14 ½ Stunden „Bereinigungssitzung“ des Haushaltsausschusses.